

## Rundbrief Oktober V 2023

Dr. Abed Schokry hat heute 17.10.2023 diesen Bericht geschickt.  
09:28 Uhr

Die Nacht war auch hier unruhig,  
aber wir sind noch am Leben.  
Der Wahnsinn, der Horror geht weiter  
und macht uns sprachloser und wir  
wissen nicht, was uns (die Zivilbevölkerung) erwartet oder mit uns geschehen  
wird. Hilflosigkeit, Lähmung, Ausgeliefert sein.

Das fühlen wir gerade.

Ich denke, dass die Weltgemeinschaft uns vergessen hat.

Für sie sind wir, so scheint es mir, keine Menschen.

Wenn es Tieren in Afrika wären, denen das geschieht, dann hätten die  
Tierschutzvereine dagegen protestiert. Das beweist, dass sie kein gutes  
Instrument, um Gerechtigkeit zu schaffen haben.

Von Gerechtigkeit habe ich sehr oft gesprochen. Aber sie ist leider nur  
eine zweifelhafte Theorie, Spielzeug des Intellekts, mit dem wir uns  
trösten...

Alles scheint mir absurd zu sein... Es dreht sich Alles nur um  
wirtschaftliche Interessen und um Macht.

Es geht weder um Menschenrechte noch um das humanitäre Rechtssystem.

Das stimmt mich sehr traurig, wütend, verzweifelt, melancholisch und  
macht mich hoffnungslos... Leider...

Bitte, denkt an uns.

Und erinnert euch an uns...

Die im Stich gelassene Zivilbevölkerung vom Gazastreifen.

### Noch ein dringender Nachtrag (19:58 Uhr)

**Das Ahli – Arab- Krankenhaus – christliches Krankenhaus in Gaza Stadt wurde angegriffen  
und zerstört – mehrere hundert Tote sind zu beklagen.**



Für unsere Kinder und Jugendlichen, die bei  
den brutalen Besatzungsangriffen auf unse-  
ren geliebten Gazastreifen den Tod erlitten  
haben ...

wird die Sonne der Freiheit, auf die sie schei-  
nen, und wir werden uns an deren Namen,  
Gesichter und Träume erinnern, die von der  
brutalen Besatzungsmaschinerie gestohlen  
wurden. Wir werden Ihre Geschichten der  
ganzen Welt erzählen.

*Die Braut des Heimatlandes (Lina Al-Nabulsi\*), Öl auf  
Leinwand, 1976.*

عروس الوطن (لينا النابلسي), زيت على قماش, ١٩٧٦

#slimanmansourPS #suleimanmansour

### **In diesem Rundbrief berichten wir über:**

- 1- *Dr. Abed Schokry meldet sich aus Gaza*
- 2- *Rechte und Pflichten - Dr. Muriel Asseburg, IPG, Friedrich-Ebert-Stiftung.17.10.2023*
- 3- *Der Rundbrief der DPG ist aktuell gedacht als Infoquelle über PALÄSTINA ,*
- 4- *Israels Angriff auf Gaza: "Grenzt an Genozid" - Interview mit Mitri Raheb im wdr*
- 5- *Die Frankfurter Stadtverordnete Mahn kritisiert die Verschiebung der Preisverleihung an die Palästinenserin Adania Shibli für ihren Kurzroman „Nebensache“, während rechte Verlage die Frankfurter Buchmesse besuchen dürften.*
- 6- *Ärzte ohne Grenzen - Palästinensische Gebiete - Spendenaufruf*

### **Rechte und Pflichten**

Dr. Muriel Asseburg, IPG, Friedrich-Ebert-Stiftung.17.10.2023

Das Selbstverteidigungsrecht Israels ist unbestritten. Die Bevölkerung Gazas muss jedoch geschützt werden – auch Deutschlands Einsatz ist gefragt.



PARauch über Gaza nach israelischen Luftschlägen.

Bewaffnete Kämpfer der Hamas sowie des Islamischen Dschihads in Palästina (PIJ) stürmten am 7. Oktober den Grenzzaun von Gaza nach Israel, eroberten israelische Militärposten, drangen in israelische Ortschaften und Kibbuzim im Grenzgebiet ein, töteten brutal Hunderte Menschen und verschleppten 199 Geiseln in den Gazastreifen. Seitdem feuern die Hamas und andere militante Gruppen Tausende Raketen aus Gaza auf Israel, die wahllos Menschen töten.

Nach Beginn der israelischen Luftangriffe auf den Gazastreifen am Tag nach dem Terrorangriff drohte die Hamas, jedes Mal eine Geisel zu töten, wenn Israel ohne Vorwarnung Wohnhäuser bombardiere. Insgesamt kamen durch Raketenbeschuss und Massaker der Hamas und des PIJ nach israelischen Angaben mindestens 1300 Israelis und ausländische Staatsangehörige ums Leben.

Regierungschef Benjamin Netanjahu rief den Kriegszustand aus. Ziel der nun folgenden Militäroperation sei es, Vergeltung zu üben und die militärischen Kapazitäten der Hamas in Gaza vollständig zu zerstören. In Folge der israelischen Luftangriffe kamen nach palästinensischen Angaben rund 2 750 Menschen im Gazastreifen ums Leben. Die Anzahl der Verschütteten, die aufgrund mangelnden schweren Geräts und anhaltender Luftangriffe nicht geborgen werden können, ist jedoch unbekannt. Zudem verhängte Israel eine komplette Abriegelung des Gazastreifens und setzte die Lieferung auch lebenswichtiger Güter in den Gazastreifen aus. Weder Lebensmittel noch Strom, Treibstoff, Medikamente oder Trinkwasser können seither eingeführt werden. Aus diesem Grund ist das einzige Elektrizitätswerk im Küstenstreifen abgeschaltet und die öffentliche Stromversor-

gung zusammengebrochen – mit katastrophalen Folgen insbesondere für die Gesundheits- und Trinkwasserversorgung.

Schon vor der aktuellen Zuspitzung waren rund 1,3 Millionen Menschen im Gazastreifen auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Am 15. Oktober kündigte Israel an, zumindest in Teile des südlichen Gazastreifens wieder Trinkwasser zu liefern. Dies wurde bislang jedoch noch nicht bestätigt. Zudem würden dennoch große Bevölkerungsteile auf Trinkwasserlieferungen durch Lkw angewiesen bleiben. Schon vor der aktuellen Zuspitzung waren rund 1,3 Millionen Menschen im Gazastreifen – vor dem Hintergrund der Hamas-Herrschaft und der seit 2006 andauernden Abriegelung des Gebiets – auf humanitäre Hilfe angewiesen. Der Bedarf an humanitärer Unterstützung nimmt derzeit rasant zu.

Am 13. Oktober forderte die israelische Armee die Bevölkerung im nördlichen Gazastreifen – rund 1,1 Millionen Menschen – sowie internationale Organisationen auf, das Gebiet binnen 24 Stunden zu verlassen. Die Hamas rief hingegen die Bevölkerung zum Bleiben auf – und hinderte sie an der Flucht, wie die israelische Armee berichtet. Die Vereinten Nationen schätzten die Evakuierung als unmögliches Unterfangen ein. Jan Egeland, ehemaliger sozialdemokratischer Außenminister Norwegens und heutiger Präsident des Norwegian Refugee Council, sowie das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK), Hüter des Humanitären Völkerrechts, bezeichneten die Anordnung als völkerrechtswidrig.

Die Frist zur Räumung des nördlichen Gazastreifens wurde vonseiten des israelischen Militärs nach internationalen Protesten um einige Stunden verlängert, die Evakuierungsaufforderung jedoch nicht zurückgenommen. Bereits vor der Aufforderung befanden sich nach UN-Angaben 400 000 Menschen innerhalb des Küstenstreifens auf der Flucht – nur eine begrenzte Zahl konnte Schutz in UN-Einrichtungen oder Krankenhäusern finden. Mittlerweile haben sich weitere Hunderttausende auf den Weg in den südlichen Gazastreifen gemacht. Doch Unterbringung, Schutzräume und Grundversorgung finden sie dort nicht. Die Bombardierungen dauerten auch im südlich gelegenen Chan Yunis an.

Es ist zu befürchten, dass es im weiteren Kriegsverlauf und insbesondere nach Beginn der Bodenoffensive zu sehr hohen Opferzahlen kommt. Das liegt auch daran, dass im Gazastreifen eine Unterscheidung zwischen militärischen und zivilen Zielen nahezu unmöglich ist. Grund ist die dichte Bebauung, die Tunnel der Hamas, die auch unter Wohnhäusern verlaufen, sowie die zivilen Einrichtungen der Hamas und anderer militanter Gruppen, die sich in Wohn- und Bürogebäuden befinden. Von palästinensischer Seite besteht zudem die Befürchtung, dass es im Zuge der Kampfhandlungen zu dauerhaften Vertreibungen kommen könnte.

Israel hat das Recht und die Verpflichtung, seine Bevölkerung vor weiteren Angriffen militanter Gruppen zu schützen. Das Selbstverteidigungsrecht existiert allerdings nicht losgelöst, sondern in Abhängigkeit von den allgemeinen Menschenrechten und dem *ius in bello*, dem „Recht im Krieg“. Dieses setzt besonders in der Vierten Genfer Konvention den Mitteln und Methoden der Kriegsführung im Hinblick auf den Schutz der Zivilbevölkerung enge Grenzen. Wichtig ist dabei: Unabhängig davon, wer den bewaffneten Konflikt ausgelöst hat und wer Angreifer beziehungsweise Verteidiger ist, gelten für alle Beteiligten die Regeln des humanitären Völkerrechts.

**Krankenhäuser und andere zivile Infrastruktur sowie humanitäre Helferinnen und Helfer müssen geschützt werden.**

Die Selbstverpflichtung der Bundesrepublik Deutschland auf die Sicherheit des Staates Israel, die Abscheu über die Gräueltaten der Hamas und die Zustimmung zu Israels Zielsetzung, die Hamas zu zerschlagen, sind nachvollziehbar. Sie entheben aber Deutschland nicht seiner völkerrechtlichen

Pflicht, sich für den Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza einzusetzen und alles dafür zu tun, Verletzungen des humanitären Völkerrechts zu verhindern.

In diesem Sinne sollte die Bundesregierung jetzt vordringlich ihre engen Beziehungen zu Israel (und anderen regionalen Akteuren) nutzen, um darauf einzuwirken, die Geiseln durch Verhandlungen zu befreien, die Zivilbevölkerung im Gazastreifen zu schützen und eine regionale Eskalation abzuwenden. Insbesondere sollte sie gegenüber Israel darauf drängen, die Bevölkerung Gazas durch die Einrichtung von Schutzzonen effektiv zu schützen. Es sollte ferner deutlich gemacht werden, dass die in Nord-Gaza verbliebenen Zivilistinnen und Zivilisten ungeachtet der Aufforderung, die Region zu verlassen, den vollen Schutz des humanitären Rechts genießen und dass das Verbleiben in der Region sie nicht zu legitimen Zielen macht.

Krankenhäuser und andere zivile Infrastruktur sowie humanitäre Helferinnen und Helfer müssen geschützt werden. Es braucht uneingeschränkten humanitären Zugang, so dass lebensrettende Soforthilfe (Trinkwasser, Lebensmittel, Medikamente und Treibstoff für die Generatoren der Krankenhäuser) geliefert werden können. Des Weiteren müssen humanitäre Korridore eingerichtet werden, die die Evakuierung etwa von dringenden medizinischen Fällen und ausländischen Zivilisten erlauben. Wenn Israel humanitären Zugang nicht vom eigenen Territorium gewährleistet, sollte darauf gedrungen werden, ihn über den Grenzübergang Rafah von Ägypten zuzulassen, in enger Zusammenarbeit mit den UN und dem Internationalen Roten Kreuz und notfalls auch ohne Zustimmung Israels.

Gleichzeitig gilt es auch, über Regionalstaaten wie Ägypten und Katar auf die Hamas-Führung einzuwirken, sich an das humanitäre Völkerrecht zu halten und insbesondere den wahllosen Raketenbeschuss auf Israel einzustellen, die Flucht der eigenen Bevölkerung aus Kampfzonen nicht zu verhindern und das Wohlergehen der Geiseln zu gewährleisten sowie auf deren Freilassung zu dringen. Deutschland sollte auch seine Expertise für die Umsetzung entsprechender Abmachungen anbieten, wie es schon in der Vergangenheit erfolgreich geschehen ist.

Auch wenn es begründete Befürchtungen vor einer dauerhaften Flucht und Vertreibung gibt: Letztlich muss sich aus humanitärer Sicht Ägypten mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft auch auf eine Massenflucht von Zivilistinnen und Zivilisten aus Gaza vorbereiten, um Leben zu retten. Die Bundesregierung sollte entsprechende Vorbereitungen unterstützen und eine eventuelle Aufnahme finanziell abfedern. Gleichzeitig muss klar in Richtung Israel kommuniziert werden, dass eine Aufnahme im Sinai nur eine temporäre Schutzmaßnahme für die Dauer der Kampfhandlungen sein kann. Rundbrief von DPG als tägliche Infoquelle über PALÄSTINA? , da "unsere Medien" sehr auffällig fast nur noch aus ISRAELISCH - regierungsamtlicher bzw. - militärischer Perspektive berichten.

#### **Der Rundbrief der DPG ist aktuell gedacht als Infoquelle über PALÄSTINA ,**

da "unsere Medien" zum überwiegenden Teil sehr auffällig überwiegend aus ISRAELISCH - regierungsamtlicher bzw. - militärischer Perspektive berichten. Deshalb hier eine weitere Quelle sachlicher Informationen, die nicht dem Mainstream deutscher Medien folgen.

Ein am 17.10. erschienener Artikel in der TAZ:

<https://www.jungewelt.de/artikel/461214.nahe-osten-elend-und-bomben-in-gaza.html>

und weitere Medien die eine etwas differenziertere Sicht der Ereignisse und Entwicklungen bringen:

[Igal Avidan: "Die Lösung des Konflikts kann nur politisch sein" | NDR.de - Kultur](#)

**Moshe Zimmermann:** "Im Moment steht die Welt und staunt über diese Grausamkeit der Hamas-Leute am letzten Samstag. Aber wenn wir weiter so auf diese Art und Weise Gaza bombardieren

und wenn man weitersieht, wie auch die Zivilbevölkerung leidet, wird die Sympathie für Israel selbstverständlich zurückgehen."

[Wie konnte das passieren? - ttt – titel, thesen, temperamente - ARD | Das Erste](#)

## Israels Angriff auf Gaza: "Grenzt an Genozid"

### Interview mit Mitri Raheb im wdr

WDR 5 Morgenecho - Interview 17.10.2023 06:16 Min. Verfügbar bis 16.10.2024 WDR 5

**Mitri Raheb**, der international bekannte Begründer und Leiter des bekannten Internationalen Begegnungszentrums in Bethlehem, des Kollegs Dar al-Kalima und Pastor an der Weihnachtskirche in Bethlehem, sowie Träger zahlreicher internationaler Preise, zum Beispiel Preisträger des Aachener Friedenspreis 2008 hat im wdr am 17.10. ein eindrückliches Pladoye gegen das Bombardement des Gaza-Streifens durch Israel und für Frieden und Verständigung gehalten. Nachzuhören auf: [folgenden Link öffnen:](#)



[Israels Angriff auf Gaza: "Grenzt an Genozid" - WDR 5 Morgenecho Interview - WDR 5 - Podcasts und Audios - Mediathek - WDR](#)

## Die Frankfurter Stadtverordnete Mahn kritisiert die Verschiebung der Preisverleihung an die Palästinenserin Adania Shibli für ihren Kurzroman „Nebensache“, während rechte Verlage die Frankfurter Buchmesse besuchen dürften.

Und werde sie daher auch nicht besuchen. Mahn kritisiert im Gespräch mit der FR, dass die für Freitag geplante Verleihung des Literaturpreises an die Palästinenserin Adania Shibli für ihren Kurzroman „Nebensache“ verschoben wurde. Grund dafür ist, wie Buchmessendirektor Juergen Boos in der vorigen Woche mitteilte, der „Terror gegen Israel“.

PALÄSTINENSISCHE AUTORIN

### Schriftsteller protestieren gegen Verschiebung der Preisverleihung an Adania Shibli

Von Niklas Maak  
16.10.2023, 21:22

Die Entscheidung sei nicht im Einvernehmen mit der Autorin getroffen worden. Daher kritisieren hunderte Schriftsteller in einem offenen Brief die Frankfurter Buchmesse für die Verschiebung des Literaturpreises.

Der Verein Litprom, der den Preis verleiht, hatte bekanntgegeben, dass Shibli den Preis zwar erhalte, jedoch zu einem späteren Zeitpunkt nach der Messe. „Es wird mit zweierlei Maß gemessen“, kritisiert Mahn diese Entscheidung: „Jährlich begrüßen sie rechtsradikale Verlage, die ihre gefährlichen Ideen von Hass, Populismus und Hetze ungestraft verbreiten dürfen. Und das Ganze wird unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit präsentiert.“ So betone Boos immer wieder die Meinungsfreiheit. Die Anwesenheit von Verlagen wie „Junge Freiheit“ und „Gerhard Hess“ im Jahr 2023 zeige nur zu deutlich, dass sich Jürgen Boos nach wie vor an seiner Interpretation von Meinungsfreiheit festklammere.

Offener Brief an Frankfurter Buchmesse

### Protest aus internationalem Literaturbetrieb gegen Preisverschiebung

Mehr als 600 Unterzeichnende, darunter drei mit dem Nobelpreis geehrte: Autoren und Autorinnen kritisieren, dass die Palästinenserin Adania Shibli nicht auf der Buchmesse ausgezeichnet werden soll.

16.10.2023, 16:56 Uhr

Die Preisverleihung an Shibli zu verschieben, bedeute: „Ihre Stimme wird auf der diesjährigen Buchmesse nicht gehört werden, so wie schon 2021 die Stimmen mehrerer schwarzer Frauen nicht gehört wurden“, betont Mahn und fragt: „Wo bleibt denn die Meinungsfreiheit für Adania Shibli?“ Sie habe einen Roman über Frauen geschrieben, insbesondere über Frauen of Color und deren Erfahrungen im Krieg – „ein zutiefst feministisches Werk“.

Mehr als 600 Schriftsteller:innen und Mitarbeiter:innen aus dem Literaturbetrieb kritisieren in einem offenen Brief die Frankfurter Buchmesse für die aufgeschobene Vergabe des „LiBeraturpreises“ an Shibli. Sie sagen, anders als von Litprom behauptet, sei diese Entscheidung nicht im Einvernehmen mit der Autorin getroffen worden. Shiblis Roman „Eine Nebensache“ war von der Kritik hochgelobt, aber wegen angeblich antisemitischer Klischees auch kritisiert worden.

Die in Kamerun geborene Mahn hatte vor zwei Jahren für bundesweites Aufsehen gesorgt, als sie bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels die Rede des damaligen Oberbürgermeisters Peter Feldmann in der Paulskirche mit dem Zwischenruf unterbrach, schwarze Autor:innen hätten ihre Besuche auf der Buchmesse abgesagt, da sie sich durch die Präsenz rechter Verlage bedroht fühlten. Mirriane Mahn betont, Boos sei unfähig, eine so wichtige Institution wie die Frankfurter Buchmesse zu leiten. Schon in der Vergangenheit hatte sie seine Absetzung gefordert.

*Omer Bartov heute in der Frankfurter Rundschau am 17.10: Genozidforscher zu Hamas-Attacke: „Netanjahu hat den Wind gesät“ <https://www.fr.de/kultur/genozidforscher-zu-hamas-attacke-netanjahu-hat-den-wind-gesaet-92581137.html>*

## **Ärzte ohne Grenzen - Palästinensische Gebiete - Spende**

**Wir sind seit vielen Jahren und aktuell vor Ort. Als medizinische Nothilfeorganisation gilt unsere erste Sorge dem Schutz und der Gesundheit der Zivilbevölkerung**

### **Die aktuelle Situation im Gazastreifen**

Bei den Kampfhandlungen in Israel und in den Palästinensischen Gebieten sind Tausende Menschen verletzt und getötet worden. Unsere Teams arbeiteten zunächst in voller Besetzung mehrere Tage rund um die Uhr. Wir behandelten oftmals Schwerverwundete an mehreren Orten im Gazastreifen, darunter in einer von uns betriebenen Klinik, und unterstützten weitere Krankenhäuser mit medizinischer Hilfe. Außerdem belieferten wir medizinische Einrichtungen mit Hilfsgütern.

**Wir fordern eine sofortige Einstellung sämtlicher Kampfhandlungen. In Anbetracht der schwierigen Lage, der anhaltenden Luftangriffe sowie Attacken auf medizinische Einrichtungen mussten wir vorerst die Koordinierung der humanitären Hilfsmaßnahmen in Gaza aussetzen.** Bereits vorher waren zwei der von uns unterstützten Krankenhäuser durch Luftangriffe getroffen worden. Auch unsere eigene Klinik wurde bei einer Explosion beschädigt.

**Unser stellvertretender medizinischer Koordinator in Gaza, Dr. Abu Mughaiseeb, berichtet:**

Es gibt kein Trinkwasser mehr. [...] Es gibt keine humanitären Korridore. Ich hatte heute Kontakt mit Krankenhäusern, vor allem der Station zur Behandlung von Verbrennungen im Al-Shifa-Krankenhaus. Es gibt dort nur einen Chirurgen und einen Anästhesisten. Es gibt kein Pflegepersonal in dem Krankenhaus und auf dieser Abteilung, und es herrscht großer Mangel. (Stand 15.10.23)

Weiter unter: [Unsere Hilfe in den Palästinensischen Gebieten | Ärzte ohne Grenzen \(aerzte-ohne-grenzen.de\)](https://www.aerzte-ohne-grenzen.de)

### **Spende**

**Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.**

**Kontoverbindung**

**IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10**

**BIC: GENODED1SPK**

**Spenden: Ärzte ohne Grenzen - Palästina**